

Kurzprotokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.10.2019

Beginn: 19:33 Uhr
Ende: 21: 27Uhr

Ort: Großer Sitzungssaal Rathaus

Sitzungsleiter: Dietmar Gruchmann

Anwesend: Joachim Krause, Jochen Karl, Rudi Naisar, Salvatore Disanto, Kerstin Tschuck, Manfred Kick, Josef Kink, Florian Baierl, Harald Grünwald, Walter Kratzl, Armin Scholz, Josef Euringer
Verwaltung: Frau Groh, Frau Otto, Herr Kaiser, Herr Haider, Herr Gotterbarm
Sieben Zuschauer

TOP 1: Vorstellung und Übersicht der schulischen Angebote des Kreisjugendrings München-Land in Garching

Herr Schmidt und Frau Preukschat stellen das Angebot des Kreisjugendrings vor. Es genügt nicht mehr, teilweise ehrenamtliche Kräfte und geringfügige Beschäftigte einzusetzen.

Herr Disanto begrüßt die Arbeit, ich frage nach den ehrenamtlichen Kräften, die durch Mund-zu-Mund-Propaganda gewonnen werden. Herr Baierl fragt nach der Situation in anderen Kommunen. Frau Otto meint, dass wir schon etwas mehr tun als andere Gemeinden, befürwortet aber die Prävention. Herr Scholz fragt, was die Freiwilligen leisten können, und ob auch mit den Kinderärzten kommuniziert wird. Frau Beukschat antwortet, dass nicht mit den Ärzten, aber mit der Klinik gearbeitet wird. Herr Scholz schlägt vor, den örtlichen Kinderarzt anzusprechen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 2: Antrag auf Stellenaufstockung der "Jungen Integration" an den Grundschulen Garching Ost und West

Herr Haider berichtet, dass in den Grundschulen Ost und West die Zeiten um 9,75 Wochenstunden aufgestockt werden sollen.

Die Erhöhung der Stundenzahl wird einstimmig beschlossen.

TOP 3: Einrichtung eines Jugendbeirates für die Stadt Garching, Antrag Stadtratsfraktion Unabhängige Garchinger, Stellungnahme der Verwaltung

Frau Otto berichtet, dass der Beirat in der Presse beworben wurde und dass es ein kleineres Treffen mit leider nur 2 Jugendlichen gab. Die Sozialpädagogen aus den Jugendbürgerhäusern befürchten eine zu geringe Frustrationstoleranz. Die Altersspanne reicht in anderen Kommunen von 12, 13 bis 27 Jahren. Es werden zwischen 5 und 10 Mitglieder angestrebt. Ansprechpartner sind etwa Schulen und die Jugendsozialarbeit. Im Frühjahr 2020 kann der Ausschuss wieder befasst werden.

Dietmar erwähnt das Seequency als bereits bestehende Organisation. Er sieht große Synergien beim Kreisjugendring.

Herr Kratzl meint, dass die Jugend regelmäßig vor den Wahlen entdeckt und nach den Wahlen wieder vergessen werden. Er glaubt, dass die Jugendlichen andere Sorgen haben. Herr Baierl bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorbereitung. Die Frage, wer die Arbeit moderiert, sieht er auch als wichtige Frage an. Er hält 14 Jahre für ein mögliches Einstiegsalter und rechnet mit einer höheren Fluktuation. Herr Scholz vermisst die digitale Werbung. Herr Euringer möchte die Zahl der Beiräte flexibel halten. Ich schlage einen Jugendbeirat aus Lehrern und Sozialarbeitern vor, der die Jugendlichen anleitet. Frau Otto meint, das machten die Schulen schon. Herr Disanto hält von einer starren Konstruktion nichts. Er schlägt ein Forum wie eine Jugendbürgerversammlung vor.

Dietmar meint, dass die Jugendlichen entscheiden sollten, ob sie einen Beirat haben wollen, und das wird sich an der Bereitschaft zur Ausarbeitung der Satzung zeigen.

Herr Kratzl hätte sich die Moderation durch Jugendbürgerhäuser gewünscht. Herr Baierl schlägt vor, im Ausschuss Zwischenstände zu beraten.

Frau Otto berichtet über die Regelungen in Unterföhring und Regensburg (wo es beratende erwachsene Mitglieder gibt). Dietmar möchte die Politik und Autoritäten heraushalten. Herr Euringer vertraut den Jugendlichen, dass es funktioniert.

Der Beschlussvorlage, die Verwaltung mit einer Ausarbeitung eines Beirats bzw. eines Forums zu beauftragen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 4: Standmiete und Bewachungskosten bei städtischen Veranstaltungen

Herr Gotterbarm meint, dass es für kommerzielle Anbieter zu günstig ist, und schlägt vor, die tatsächlichen Kosten bei den kommerziellen Anbieter in Rechnung zu stellen, dafür die Vereine bei städtischen Veranstaltungen freizustellen. Bei der Prüfung können die städtischen Angestellten nicht alle Einrichtungen prüfen, es müsste ein Elektriker eingekauft werden. Die Kosten müssten von den Vereinen getragen werden. Bei Vereinsveranstaltungen sollen die Buden zum Selbstkostenpreis überlassen werden. Dietmar meint, es könnte ein zentraler Prüfungstermin organisiert werden. Der Betrag der Vereine ist mit 375 € ziemlich gering. Es ging bei der Gebühr auch darum, die Vereine zur eigenen Nutzung anzuhalten.

Herr Disanto fragt nach Institutionen und Gruppen, ob die auch als Vereine betrachtet werden. Weiter fragt er nach den Herbsttagen, die der Gewerbeverband organisiert, und ob die privaten Veranstaltungen der Parteien die Kosten zahlen müssten. Herr Gotterbarm bestätigt, dass es um die städtischen Veranstaltungen geht; bei den Kosten geht es um 160 € Auf- und Abbaukosten und 40 € Miete. Herr Kratzl fragt, ob eine Untervermietung nicht kostenlos ist, was bestätigt wird. Er beklagt, dass es für viele Vereine zu schwierig ist, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Herr Gotterbarm gibt die Verantwortung an die Budenbetreiber ab, das ist eine deutliche Entlastung für die Vereine, die Stadt überprüft die Einhaltung der Vorschriften nicht mehr selbst. Herr Baierl begrüßt den Pragmatismus, glaubt aber nicht, dass es mehr Vereine als Budenbetreiber geben wird. Er fragt nach Schulfesten, die nicht von der Stadt veranstaltet werden oder auch nach dem Christkindlmarkt der CSU. Herr Gotterbarm möchte verursachungsgerecht die Kosten verteilen. Dietmar meint, die Haushaltsmittel der Institutionen müssten erhöht werden. Herr Disanto möchte die Kosten anderer Veranstaltungen beibehalten, das lehnt Herr Gotterbarm für kommerzielle Anbieter ab. Rudi weist auf den Burschenverein hin, der einen kleinen Weihnachtsmarkt in Hochbrück betreibt. Ich schlage vor, für Vereine die 40 € zu lassen und nur für die kommerziellen Veranstalter zu erhöhen, meine aber, das sollte nicht für kleine Bastelwarenanbieter gelten.

Es wird vorgeschlagen, den Vorschlag auszuarbeiten und erneut vorzulegen.

TOP 5: Antrag der CSU-Fraktion bzgl. verschiedener Bürgeranfragen

Die Antworten wurden zugestellt, Herr Disanto fragt, weshalb die Kosten für die Toilette an der Haltestelle nicht von der MVG getragen werden, die das aber abgelehnt haben. Er fragt weiter, ob man in Hochbrück beim Festplatz eine feste Toilette zu bauen. Frau Groh meint, es ginge nur um zwei Veranstaltungen im Jahr. Er möchte den größeren Fahrzeugen in der Hohe-Brücken-Straße das Parken nicht mehr erlauben. Frau Groh befürchtet nur eine Verlagerung des Problems. Rudi unterstützt diesen Vorschlag und fragt, ob die öffentlichen Gebäude wegen der Toiletten geöffnet werden könnten.

Der Beschlussvorlage, eine Miettoilette für die Busfahrer einzurichten, die Kosten für eine feste Toilette in Hochbrück zu ermitteln und ein Parkverbot für Fahrzeuge über 2,8t in der Hohe-Brücken-Straße zu prüfen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 6: Mitteilungen aus der Verwaltung

6.1 MVV-Ringbuslinien-Konzept im Landkreis München (2 geplante Expressbuslinien im Stadtgebiet von Garching)

Zusätzliche Haltestellen werden abgelehnt, es gibt aber Haltestellen am U-Bahnhof Hochbrück.

6.2 Zukunft Kinderkrippe Garching- neue Gesellschafter Infanterix GmbH

Frau Otto berichtet, dass die ZuKis aus einer Elterninitiative entstanden ist und einen neuen Gesellschafter gesucht haben. Die Kosten für die Kaution erhöhen sich drastisch, auch die Gebühren

werden sich langfristig erhöhen. Die Stadt würde einer Erweiterung zwar positiv gegenüberstehen, aber die Kosten wären sicher höher.

Herr Disanto fragt nach der Defizitübernahme für freie Träger bei Kindergärten und ob so hohe Gebühren von der Stadt bezahlt werden müssten. Frau Otto sagt, dass es einen Mietzuschuss gibt und dass die nächstes Jahr vielleicht erneut anfragen. Da nicht nur Garching Kinder aufgenommen werden, muss das Defizit nicht bezahlt werden.

6.3 Angenommene Anträge aus Bürgerversammlung - Verkehrsrecht Fußgängerüberweg in der Freisinger Landstraße

Die Querungszahlen wären zwar ausreichend, aber der fließende Verkehr ist nicht stark genug. Landratsamt und Polizei würden nur eigene Zählungen glauben. Es gibt eine neue Zählung im nächsten Jahr.

TOP 7: Sonstiges; Anträge und Anfragen

Keine.

Für das Protokoll: *Joachim Krause*